

## PROTOKOLL

über die 8. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Melle am Mittwoch, dem  
22.03.2023,  
Forum Melle am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

**Sitzungsnummer:** Rat/008/2023  
**Öffentliche Sitzung:** 17:00 Uhr bis 20:12 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Bürgermeisterin**

Bürgermeisterin Jutta Dettmann

#### **Vorsitzender**

Gerhard Boßmann

#### **stellv. Vorsitzender**

Harald Kruse

#### **Mitglied CDU-Fraktion**

Lars Albertmelcher  
Elisabeth Aryus-Böckmann  
Stefanie Ernst  
Karl-Heinz Gerling  
Bernd Gieshoidt  
Gerda Hövel  
Dieter Kintscher  
Jan Lütkemeyer  
Niklas Schulke  
Malte Stakowski  
Hermann Stratmann  
Susanne Unnerstall  
Sabine Wehrmann

#### **Mitglied SPD-Fraktion**

Lorenz Brieber  
Hauke Dammann  
Uwe Hinze  
Wilhelm Hunting  
Karin Kattner-Tschorn  
Annegret Mielke  
Uwe Plaß  
Axel Uffmann  
Detlef Weitkamp

#### **Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion**

Sandra Görtz  
Regina Haase  
Malina Kruse-Wiegand  
Silke Meier  
Alfred Reehuis  
Michael Schoster  
George Trenkler  
Ralf Tubesing

**Mitglied UWG e. V. Fraktion**

Falk Landmeyer  
Matthias Pietsch

**Mitglied FDP-Fraktion**

Arend Holzgräfe  
Edith Kaase  
Heinrich Thöle

**Mitglied DIE LINKE.**

Malte Schinke

**von der Verwaltung**

Erster Stadtrat Andreas Dreier  
Stadtrat Dirk Hensiek  
Stadtbaurat Florian Schmeing  
Klaus Leimbrock  
Mareike Mons  
Uwe Strakeljahn  
Sandra Wiesemann  
Jörg Kleine-Piening  
Sophie Bartels  
Katja Rauer  
Herbert Seelhöfer  
Jürgen Krämer

**ProtokollführerIn**

Kerstin Lehnig

**Gäste**

Gast/Gäste

Frau Zofia Heitmann

**Zuhörer**

Presse  
Zuhörer

Meller Kreisblatt - Herr Hengehold  
ca. 20 Personen

**Abwesend:**

**Mitglied SPD-Fraktion**

Mathias Otto  
Andreas Timpe

entschuldigt  
entschuldigt

## Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 3 Feststellung von Sitzverlusten, Einführung zweier neuer Ratsmitglieder, Pflichtenbelehrungen und Verpflichtungen:
- TOP 3.1 Feststellung eines Sitzverlustes, Einführung eines neuen Ratsmitgliedes, Pflichtenbelehrung und Verpflichtung  
Vorlage: 01/2023/0002
- TOP 3.2 Feststellung eines Sitzverlustes, Einführung eines neuen Ratsmitgliedes, Pflichtenbelehrung und Verpflichtung  
Vorlage: 01/2023/0052
- TOP 4 Einwohnerfragestunde (bis ca. 17.30 Uhr)
- TOP 5 Genehmigung des Protokolls vom 15.12.2022
- TOP 6 Bericht der Verwaltung
- TOP 7 Personalangelegenheit  
Vorlage: 01/2023/0083/1
- TOP 8 Neubesetzung von Fachausschüssen  
Vorlage: 01/2023/0071
- TOP 9 Benennung Hinzugewählter für den Ausschuss für Bildung  
Vorlage: 01/2023/0010
- TOP 10 Benennung eines Mitgliedes für den Verbandsausschuss des Unterhaltungsverbandes Nr. 96 "Hase-Bever"  
Vorlage: 01/2022/0287
- TOP 11 Änderung der Hauptsatzung - Verkündungen und öffentliche Bekanntmachungen  
Vorlage: 01/2023/0050
- TOP 12 Ratssitzungen per Livestream  
Vorlage: 01/2023/0078
- TOP 13 Umwandlung der reinen Zweckbindung "Torzhok" in Soforthilfeleistung für Partnerschaftsstädte/Partnerschaftshilfeleistung  
Vorlage: 01/2023/0079
- TOP 14 Aufstellung einer Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffen für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028  
Vorlage: 01/2023/0025
- TOP 15 Mitwirkung von Schöffen in der Strafgerichtsbarkeit - Wahl der Vertrauensperson für die Schöffenwahl  
Vorlage: 01/2023/0026
- TOP 16 Einrichtung eines „Ordnungs- und Streifendienstes“  
Vorlage: 01/2023/0039
- TOP 17 Übernahme gebrauchter Raummodule  
Vorlage: 01/2023/0035
- TOP 18 Überplanmäßige Aufwendungen/Mittelbereitstellungen:
- TOP 18.1 Überplanmäßige Aufwendungen für das Jahr 2022 im Produkt "Personalmanagement 111-08"  
Vorlage: 01/2023/0056
- TOP 18.2 Überplanmäßige Auszahlungen für das Jahr 2022 im Produkt "Gebäudemanagement 111-14"  
Vorlage: 01/2023/0072
- TOP 18.3 Außerplanmäßige Auszahlung für das Jahr 2023 im Produkt "111-14 - Gebäudemanagement"  
Vorlage: 01/2023/0068

- TOP 18.4 Überplanmäßige Aufwendungen für das Jahr 2022 im Produkt 111-16 / Ergebnishaushalt Baubetriebsdienst  
Vorlage: 01/2023/0062
- TOP 18.5 Überplanmäßige Aufwendungen für das Jahr 2022 im Produkt 552-01 öffentliche Gewässer  
Vorlage: 01/2023/0077
- TOP 18.6 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Projekt Neue Mitte-Nord  
Vorlage: 01/2023/0069
- TOP 18.7 Überplanmäßige Aufwendungen für die Jahre 2023 bis 2025 im Projekt P40019-002 "An- und Ausbau Kindertagesstätten"; hier: Übergangslösung dreiguppige Kita in Melle-Mitte  
Vorlage: 01/2023/0070
- TOP 19 Aufhebung eines Sperrvermerkes für 2 x 0,5 Gemeindearbeiterstellen  
Vorlage: 01/2023/0073
- TOP 20 Beschluss Einrichtung eines frauenORTs Ilse Losa in Melle  
Vorlage: 01/2023/0012
- TOP 21 Preisanpassungsklausel Bäder  
Vorlage: 01/2023/0021
- TOP 22 Schulsachkosten 2023 - Entwurf einer Vereinbarung über Sachkostenabschläge  
Vorlage: 01/2023/0041
- TOP 23 Annahme von Zuwendungen  
Vorlage: 01/2023/0067
- TOP 24 Bebauungsplan "Baumgarten - 3.Änderung", Melle-Gesbold; hier: Beschluss über die Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 01/2023/0003
- TOP 25 Antrag der SPD/Grünen/Linke.-Stadtratsgruppe vom 22.02.2023 zur Umsetzung der Handlungsoptionen aus dem Wasserversorgungskonzept 2050 der Stadt Melle  
Vorlage: 01/2023/0058
- TOP 26 Wünsche und Anregungen

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender begrüßt alle Anwesenden. Er stellt angesichts der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit von 39 Ratsmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die 8. Sitzung des Rates der Stadt Melle in der laufenden Wahlperiode. Anschließend gratuliert Vorsitzender allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten.

## **TOP 2 Feststellung der Tagesordnung**

Vorsitzender informiert, dass in der gestrigen Sitzung des Verwaltungsausschusses beschlossen worden sei, dass der **TOP 16** - Einrichtung eines „Ordnungs - und Streifendienstes“ und **TOP 19** - Aufhebung eines Sperrvermerkes für 2 x 0,5 Gemeindearbeiterstelle von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen. Vorsitzender lässt über die Änderung abstimmen.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

## **TOP 3 Feststellung von Sitzverlusten, Einführung zweier neuer Ratsmitglieder, Pflichtenbelehrungen und Verpflichtungen:**

### **TOP 3.1 Feststellung eines Sitzverlustes, Einführung eines neuen Ratsmitgliedes, Pflichtenbelehrung und Verpflichtung Vorlage: 01/2023/0002**

Vorsitzender erläutert die Beschlussvorlage. Er erklärt, dass es grundsätzlich die Möglichkeit einer Stellungnahme des ausscheidenden Ratsmitgliedes gebe. Herr Mäscher ist heute nicht anwesend.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Melle stellt durch Beschluss fest, dass Herr Jörg Mäscher aufgrund seiner schriftlichen Verzichtserklärung vom 17.12.2022 seinen Sitz im Rat der Stadt Melle gem. § 52 Abs. 1 Ziffer 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) verloren hat. Nach den Bestimmungen des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes (NKWG) geht der Sitz auf Herrn Detlef Weitkamp über.

### **TOP 3.2 Feststellung eines Sitzverlustes, Einführung eines neuen Ratsmitgliedes, Pflichtenbelehrung und Verpflichtung Vorlage: 01/2023/0052**

Vorsitzender erläutert die Beschlussvorlage.

Frau Heitmann nimmt die Möglichkeit einer Stellungnahme wahr und teilt mit, dass ihr die Entscheidung, auf ihren Sitz im Rat der Stadt Melle zu verzichten, nicht leichtgefallen sei. Es habe ihr Freude gemacht, auf dieser Ebene an der Gestaltung der Stadt Melle mitzuwirken. Sie dankt allen, die sie mit ihrer Stimme bei der Wahl unterstützt haben. Sie sei stolz, dass in ihrer Zeit als Ratsmitglied bereits einige zukunftsweisende Entscheidungen getroffen worden seien. Ihre Mandatstätigkeit habe ihren Erfahrungswert bereichert. Für die Zukunft wünscht

sie dem Rat der Stadt Melle den Mut, nötige Entscheidungen zu treffen, um einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz zu leisten.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Melle stellt durch Beschluss fest, dass Frau Zofia Heitmann aufgrund ihrer schriftlichen Verzichtserklärung vom 17.02.2023 ihren Sitz im Rat der Stadt Melle gem. § 52 Abs. 1 Ziffer 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) verloren hat. Nach den Bestimmungen des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes (NKWG) geht der Sitz auf Herrn Ralf Tubesing über.

Im Anschluss verpflichtet Bürgermeisterin nach § 60 NKomVG die beiden neuen Ratsmitglieder Herrn Detlef Weitkamp und Herrn Ralf Tubesing mit Handschlag und weist sie auf ihre Pflichten gemäß den Vorschriften nach §§ 40 bis 42 NKomVG hin.

Vorsitzender begrüßt Herrn Weitkamp und Herrn Tubesing als neue Ratsmitglieder und betont, dass er sich auf eine gute Zusammenarbeit freue.

#### **TOP 4     Einwohnerfragestunde (bis ca. 17.30 Uhr)**

- Frau Claudia Wittke teilt mit, dass sie Elternvertreterin an der Wilhelm-Fredemann-Oberschule in Neuenkirchen (WFO) sei. Sie sei der Meinung, dass anhand der Machbarkeitsstudie, die fertig sei und im April vorgestellt werden solle, nun entschieden werden müsse, an welcher Schule welche Maßnahme durchzuführen sei. In der Sitzung des Ausschusses für Bildung und des Ortsrates Neuenkirchen sei mitgeteilt worden, dass nun erst neue Pläne gemacht werden sollen und dann Entscheidungen getroffen werden können. Ihrer Meinung nach würden immer nur Pläne gemacht und die Schulen, Schüler und Eltern werden hingehalten und getröstet. Durch die Investitionen in den Schulen, würde man in die Zukunft investieren. Sie möchte wissen, wann mit einer Entscheidung zu rechnen sei.

Herr Dreier teilt mit, dass er die Ansicht teile, dass Bildung sehr wichtig und die Kinder die Zukunft aller sei. Aus diesem Grund beschäftige man sich Mitte April noch einmal im Rahmen der Strategieklausur des Rates der Stadt Melle mit diesem Thema. Hier werde auch das weitere Vorgehen festgelegt. Die Entscheidungen seien dann von den dort vereinbarten Prozessen abhängig.

- Luisa Bietendorf teilt mit, dass sie Schülerin der WFO sei und dort die Abschlussklasse besuche. Sie trägt vor, dass die Telefonanlage in der Schule nicht richtig funktioniere. Aus diesem Grund könne nicht richtig mit den iPads gearbeitet werden und es sei schwierig, mit der Schule Kontakt aufzunehmen, um sich z. B. krankzumelden. Sie erkundigt sich, wann hier für Abhilfe gesorgt werde.

Herr Dreier informiert, dass die notwendigen Arbeiten in den in den Osterferien geplant seien. Die Telefonanlage und der IP-Anschluss sollen neu installiert werden. Hierüber sei die Schulleitung bereits informiert worden.

- Frau Ingrid Dieckmann bemerkt, dass laut Auskunft des Ortsrates Neuenkirchen bereits ein Betrag in Höhe von 2,8 Mio. € für Umbaumaßnahmen der WFO investiert worden sei. In der Realität sei jedoch nur eine neue Schulküche, ein neues WC im Altbau und eine neue Decke in der Aula sichtbar. Der größte Teil des Betrages sei wohl in die Asbestentsorgung und den Brandschutz geflossen. Aktuell bröckele der Putz an den Fenstern in der Schulküche und es werde befürchtet, dass die Fenster bei windigem Wetter in die Küche fallen. In den Klassenräumen und im Verwaltungsgebäude seien die Fenster ebenfalls renovierungsbedürftig. Bei Lüftungsmaßnahmen sei bereits ein Fensterflügel herausgefallen. Sie möchte wissen, wann diesbzgl. Renovierungsarbeiten durchgeführt werden.

Nach kurzer Rücksprache mit Herrn Dreier teilt Vorsitzender mit, dass hierzu zeitnah eine schriftliche Antwort vorbereitet werde.

(Anmerkung nach der Sitzung: s. hierzu Anlage 2).

- Frau Tanja Scholle-Skuballa berichtet, dass es an der WFO einen Kiosk gebe. Hier käme es oftmals zu Warteschlangen außerhalb des Gebäudes. Sie möchte wissen, ob in diesem Bereich eine Überdachung möglich sei.

Vorsitzender informiert, dass vor Ort zu prüfen sei, ob eine entsprechende Möglichkeit bestehe. Die Anregung werde auf jeden Fall weitergeleitet.

- Frau Caroline Meschter teilt mit, dass positiv aufgenommen worden sei, dass es im Sommer neue Container für die WFO geben solle. Sie möchte wissen, ob dort dann die Möglichkeit bestehe, digitale Tafeln anzubringen. Auch sei hier eine Überdachung vor den Containern sinnvoll, damit die Schülerinnen und Schüler sich morgens bei nassem Wetter unterstellen können.

Vorsitzender erklärt, dass das Thema „Raummodule“ zu einem späteren Zeitpunkt in der heutigen Sitzung behandelt werde und hier ein Beschluss zu fassen sei.

Herr Dreier bittet bzgl. der angesprochenen Überdachung, dass man sich im Rahmen eines geordneten Verfahrens mit der Schulleitung in Verbindung setzen solle. So sei es möglich, diese Anfragen gebündelt an die zuständige Stelle weiterzuleiten und möglicherweise eine entsprechende Planung zu berücksichtigen.

- Frau Jessica Vennebusch teilt mit, dass es an der WFO derzeit zu wenig Klassenräume, keine Differenzierungsräume, kein Lehrerzimmer für alle Lehrer und keine Möglichkeit für eine Mittagspause außerhalb der Klassenräume gebe. Die derzeitige Mensalösung sei zudem nicht optimal, da nur ein Gemeinschaftsraum für die Grundschule und die OBS vorhanden sei. Die Grundschule bekomme wahrscheinlich im Jahr 2025 eine Mensa. Sie möchte wissen, ob geplant sei, dass die Oberschülerinnen und Oberschüler dann die Mensa der Grundschule nutzen. Hierzu gebe es verschiedene Aussagen. Außerdem fragt sie, wann mit den Planungen der Erweiterung der OBS Neuenkirchen begonnen werde.

Herr Dreier weist darauf hin, dass diese Thematik Gegenstand der Machbarkeitsstudie sei. Aufgrund des Standardraumprogrammes seien die angesprochenen Aspekte bereits bei den Planungen für die Machbarkeitsstudie berücksichtigt worden. Wie bereits erwähnt, werde in der Strategieklausur im April das weitere Verfahren und Prozedere festgelegt. Eine Verpflegungsmöglichkeit für die Oberschülerinnen und Oberschüler bleibe selbstverständlich auch weiterhin in der Jugendfreizeit- und Bildungsstätte bestehen, solange die WFO keine eigene Mensa habe.

- Frau Tanja Enge möchte wissen, wie der Zeit- und Fahrplan in dem angesprochenen Strategiekonzept sei und wann die Stadt Melle ein Konzept vorlege, in dem für alle Schulen in Trägerschaft der Stadt Melle, festgelegt werde, wann, welche Maßnahmen nötig und durchzuführen seien.

Vorsitzender erklärt, dass erst eine Strategieklausur stattfände und dann ein Konzept erarbeitet werde.

Frau Dettmann teilt ergänzend mit, dass zunächst zu prüfen sei, wie Schule zukünftig qualitativ und quantitativ zu gestaltet sei. Dieses sei ein Teil der Strategieklausur, die jedes Jahr in Vorbereitung auf den Haushalt stattfände. Im Leitbild der Stadt Melle seien Ziele und Haushaltsschwerpunkte hinterlegt, welche im Laufe des ganzen Jahres in den Überlegungen und Planungen berücksichtigt werden. In den letzten Jahren sei zwar bereits in Schulen und Bildung investiert worden, jedoch nicht immer in einem wünschenswerten Umfang. Anhand einer Gesamtstrategie solle nun ein Zeitplan entwickelt werden. Anschließend sei geplant, alle Bildungsbeteiligten einzubeziehen.

## **TOP 5      Genehmigung des Protokolls vom 15.12.2022**

Das Protokoll wird ohne Einwände und Ergänzungen einstimmig bei drei Enthaltungen genehmigt.

## TOP 6 Bericht der Verwaltung

- Bürgermeisterin informiert zur aktuellen Flüchtlingslage, dass es in der Stadt Melle zurzeit kaum Fluchtbewegungen zu verzeichnen seien. Die Stadt erhalte wenig Zuweisungen, da die Quote im Landkreis Osnabrück bereits gut erfüllt sei. In der Sitzung des Ortsrates Riemsloh sei berichtet worden, dass in dem ehemaligen Verwaltungsgebäude der Fa. Rational zum Sommer eine Sammelunterkunft errichtet werden solle. Hierzu sei nach Rücksprache mit dem Ortsbürgermeister ein Termin vereinbart worden. Am 24.04.2023 sei eine öffentliche Informationsveranstaltung geplant, zu der sie alle Interessierten einlade. Auch Vertreter der Verwaltung, der Politik und Träger, mit Erfahrungen in der Flüchtlingssozialarbeit, werden an der Veranstaltung teilnehmen.

- Herr Hensiek berichtet zum vorläufigen Jahresergebnis 2022 (s. Anlage 1). Erfreulich sei, dass der Jahresabschluss besser als zuletzt prognostiziert sei. Man komme nun auf ein vorläufiges Ergebnis in Höhe von ca. 19,0 Mio. €. Dieses sei ein Zuwachs in Höhe von fast 20,0 Mio. €. Dieses läge im Wesentlichen an den Steuererträgen. Bei der Aufwandsseite habe es wenig Veränderungen gegeben. In der Verschuldung könne man auf eine Kreditermächtigung aus 2021 in Höhe von 4,81 Mio. € verzichten. Auch im Jahr 2022 habe man bisher die Kreditermächtigung nicht in Anspruch nehmen müssen. Die Verschuldung sei zum Jahresende 2022 deutlich auf 27,56 Mio. € gesunken. Herr Hensiek weist jedoch ausdrücklich darauf hin, dass sich gegenüber der Haushaltseinbringung nichts verändert habe. Es sei nur eine kleine Entlastung für das notwendige Investitionsprogramm, welches abgearbeitet werden müsse. Man habe kein Einnahme-, sondern ein Auszahlungsproblem. In der mittelfristigen Finanzplanung seien nicht alle Maßnahmen vollständig abgebildet. Bei der Entwicklung der Planüberträge läge man bei 19,72 Mio. €. Hierbei handele es sich um nicht abgewickelte Maßnahmen, welche dringend anzugehen seien. Er informiert, dass die derzeitige Liquidität der Stadt Melle sehr gut aussehe und bei 30,6 Mio. € läge. Er weist jedoch erneut darauf hin, dass diverse Investitionen noch nicht abgearbeitet bzw. umgesetzt seien. Herr Hensiek teilt zudem mit, dass er erfreut sei, dass die Erhöhung der Kreisumlage niedriger als angekündigt ausfalle. Abschließend stellt er fest, dass man in der Stadt Melle solide Finanzen habe und so gut in die kommenden Jahre gehen könne.

Frau Mielke nimmt den Bericht von Herrn Hensiek zum Anlass, um ein Dankeschön auszusprechen. Es sei der Verdienst vieler Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen, der Stadt Melle, dass mit so einem guten Ergebnis gewirtschaftet werden könne. Ihr Dank gilt zudem allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzdezernates. Sie stellt fest, dass besonders im Hinblick auf die letzten, durch die Corona-Pandemie geprägten Jahre, die Zahlen überraschend gut und besser als prognostiziert seien. Ihr Dank gelte insbesondere Herrn Hensiek. Er sei seit vielen Jahren für die Stadt Melle tätig und sie könne auf eine lange Zusammenarbeit zurückblicken. Sie habe Herrn Hensiek immer als überlegt und weitsichtig handelnden Dezernenten erlebt und er habe diszipliniert und kontrolliert gearbeitet. Zudem sei er als Geschäftsführer der Wohnungsbau Grönegau GmbH tätig. In der Stadt Melle sehe man durch vielen Bauten das Wirken der WBG und den Einsatz von Herrn Hensiek. Zum Wohle vieler Bürgerinnen und Bürgern habe er sich für die Stadt Melle engagiert. Sie bemerkt, dass nicht immer alle Maßnahmen so zügig wie gewünscht umgesetzt worden seien. Sie erinnert hier an die Kreissporthalle, aber sie hoffe, dass dieses Projekt nun vorangehe.

Herr Reehuis teilt mit, dass es sehr erfreulich sei, dass man eine Entschuldung habe vornehmen können. So sei der Schuldenstand gegenüber von vor fünf Jahren fast halbiert. Dieses sei beachtlich. Allerdings müsse man auch anmerken, dass es besser gewesen wäre, wenn man die für 2022 vorgesehenen Maßnahmen auch hätte umsetzen können. Das positive Finanzergebnis sei auch durch nicht umgesetzte Maßnahmen entstanden. Herr Reehuis schließt sich den Worten von Frau Mielke bzgl. der geleisteten Arbeit von Herrn Hensiek an. Es habe oft eine kontroverse aber immer auch eine sehr gute Zusammenarbeit gegeben. Hierfür spricht er Herrn Hensiek seinen herzlichen Dank aus.

**TOP 7      Personalangelegenheit**  
**Vorlage: 01/2023/0083/1**

Vorsitzender ruft den Tagesordnungspunkt auf. Er informiert, dass die in der gestrigen Sitzung des Verwaltungsausschusses vorliegende Informationsvorlage nun in eine Beschlussvorlage geändert worden sei.

Bürgermeisterin erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Lütkemeyer teilt mit, dass ihm die Vorgehensweise und der Umgang mit einem langjährigen Verwaltungsmitarbeiter sehr zu denken gebe. Herr Hensiek sei seit 39 Jahren bei der Stadt Melle in verschiedenen Funktionen tätig. In den letzten 16 Jahren habe er als Finanzdezernent fungiert. Er betont, dass man so nicht mit einem verdienten und kompetenten Mitarbeiter umgehe. Er halte den eingeschlagenen Weg für völlig falsch und werde daher dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Herr Albertmelcher erkundigt sich, ob mit der Trennung des Finanzdezernates und der Geschäftsführung der WBG die Neuausrichtung der Organisationsstruktur in der Verwaltung abgeschlossen sei.

Bürgermeisterin erklärt, dass die Organisationsstruktur nicht abgeschlossen sei. In Kürze werde man mit den Fraktionsvorsitzenden und einigen Ratsmitgliedern über weitere mögliche Umstrukturierungen sprechen.

Herr Thöle teilt mit, dass seine Faktion es für außerordentlich unglücklich und sogar für einen Fehler halte, wenn Herr Hensiek seine Tätigkeit aufgebe. Sicherlich habe es Unstimmigkeiten gegeben. Dieses sei bedauerlich. Es sei jedoch wichtig an die Stadt Melle zu denken, für die Herr Hensiek ein Segen sei. Er habe jahrelang exzellente Arbeit geleistet und vieles im Bereich Finanzen sei mit seinem Namen verbunden. Ihm und seinem Team sei man zu großem Dank verpflichtet. Die Stadt Melle habe große Aufgaben und finanzielle Leistungen vor sich. Diese seien jedoch zu schaffen, wenn man die Aufgaben konzentriert angehe.

Herr Kruse schließt sich dem Dank an Herrn Hensiek an. Als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen könne er von einer sehr guten und stadtorientierten Zusammenarbeit sprechen. Es sei schade, dass es nun zu einer Ausschreibung dieser Position komme. Er hätte erwartet, dass das Thema bereits im Dezember angesprochen werde. Es habe jedoch nur Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden gegeben und anderen Ratsmitglieder seien die Informationen nur aus zweiter oder dritter Hand angetragen worden. Man habe zudem auch erfahren, dass Änderungen in der Organisationsstruktur angedacht seien. Er hoffe, dass hierzu rechtzeitig Informationen vorliegen. Bzgl. der vorliegenden Stellenausschreibung nehme er zur Kenntnis, dass es umfangreiche Anforderungen gebe. Es stelle sich die Frage, ob in diesem Bereich wirklich ein Volljurist erforderlich sei. Dieses sei seiner Meinung nach eher im Bereich Personal und Organisation sinnvoll. Herr Kruse betont, dass es in der aktuellen Zeit wichtig sei, im Finanzbereich ein gutes Team zu haben. Dieses werde nun auseinandergerissen. Hier hätte es seiner Meinung nach eine andere harmonische und zielführende Regelung geben können. Er hofft, dass auch bei einer neuen Stellenbesetzung weiterhin eine vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich sei. Eine sehr sorgsame Auswahl der Bewerber sei wünschenswert. Abschließend dankt er Herrn Hensiek für die geleistete Arbeit für die Stadt Melle in den letzten Jahren.

Bürgermeisterin informiert zum Thema „Einbeziehung zur Organisationsstruktur“, dass es sich um einen transparenten Prozess handle und dieses sicherlich auch in den Sitzungen des Verwaltungsausschusses angesprochen werde. Sie betont, dass diesbzgl. nicht nur mit den Fraktionsvorsitzenden gesprochen werde. Sie erklärt zudem, dass sie als Bürgermeisterin das Vorschlagsrecht für die Besetzung der Stelle einer Stadträtin bzw. eines Stadtrates innehave.

Der Rat der Stadt Melle fasst mehrheitlich bei 30 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und acht Enthaltungen folgenden

**Beschluss**

Der anliegende Ausschreibungstext für die Besetzung der Stelle Stadträtin / Stadtrat wird durch den Rat der Stadt Melle beschlossen.

**TOP 8      Neubesetzung von Fachausschüssen**  
**Vorlage: 01/2023/0071**

Vorsitzender erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Lütkemeyer und Herr Reehuis bemerken, dass Herr Rainer Schlendermann nicht mehr, wie in der Anlage aufgeführt, als hinzugewählter Stadtbrandmeister dem Ausschuss für Feuerwehr und Ordnung angehöre. Stadtbrandmeister sei nun Michael Finke und als hinzugewähltes Mitglied sei der stellv. Stadtbrandmeister Sebastian Deutscher nun im Ausschuss tätig.

*(Anmerkung nach der Sitzung: Eine Aktualisierung der Anlage wurde vorgenommen.)*

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Rat stellt die Neubesetzung von Ausschüssen nach § 71 Abs. 9 NKomVG gemäß der Anlage fest.

**TOP 9      Benennung Hinzugewählter für den Ausschuss für Bildung**  
**Vorlage: 01/2023/0010**

Vorsitzender erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig bei zwei Enthaltungen folgenden

**Beschluss:**

Der Rat beschließt folgende Hinzugewählte als Vertretung der Erziehungsberechtigten der Meller Schulen im Ausschuss für Bildung und Sport zu benennen:

Anja Krohnfuß, Grundschule Wellingholzhausen  
Stellvertreter: Patrick Heyn, GOBS Lindenschule Buer - Grundschulzweig.

**TOP 10      Benennung eines Mitgliedes für den Verbandsausschuss**  
**des Unterhaltungsverbandes Nr. 96 "Hase-Bever"**  
**Vorlage: 01/2022/0287**

Vorsitzender erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig bei einer Enthaltung folgenden

**Beschluss:**

Herr Hendrik Brinkmann, 49326 Melle, wird als Mitglied für die neue Amtszeit des Verbandsausschusses des Unterhaltungsverbandes Nr. 96. „Hase-Bever“ benannt.

**TOP 11 Änderung der Hauptsatzung - Verkündungen und öffentliche Bekanntmachungen  
Vorlage: 01/2023/0050**

Herr Dreier erläutert den Beschlussvorschlag.

Herr Landmeyer teilt mit, dass die UWG-Fraktion begrüße, dass die Neuregelung des § 11 im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) der Verwaltung nun den rechtlichen Rahmen für den von seiner Fraktion im November 2021 gestellten Antrag bzgl. der Amtlichen Bekanntmachungen biete. So könne man den aktuellen Ansprüchen an Informationsangeboten gerecht werden. Die Veröffentlichung von Amtlichen Bekanntmachungen auf der Homepage der Stadt Melle sei ein wichtiger Schritt zur Transparenz, Akzeptanz und Bürgernähe.

Herr Kruse hinterfragt, ob die Bevölkerung ohne Zugang zum Internet durch die geplante Neuregelung keine Möglichkeit habe, sich in der Tageszeitung über Sitzungstermine und -inhalte zu informieren.

Herr Dreier teilt mit, dass dieses, zumindest hinsichtlich der offiziellen Tagesordnung, richtig sei.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig bei zwei Enthaltungen folgenden

**Beschluss:**

Die Änderung der Hauptsatzung der Stadt Melle wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

**TOP 12 Ratssitzungen per Livestream  
Vorlage: 01/2023/0078**

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage und erklärt beide aufgeführten Varianten. Er informiert, dass die Verwaltung sich nach Abwägung der Vor- und Nachteile und aufgrund der geringeren finanziellen Auswirkungen für die Variante II ausspreche.

Herr Pietsch informiert, dass der UWG-Fraktion u. a. die Themen „Öffentlichkeit, Offenheit, Bürgernähe, Bürgerbeteiligung, Transparenz, Barrierefreiheit“ usw. sehr wichtig seien. Bzgl. des Kosten-Nutzen-Effektes sei festzustellen, dass die in dieser Vorlage dargestellten Kosten wesentlich geringer ausfielen, als die Kalkulation, die in der letzten Ratssitzung vorgestellt worden sei. Bei der Variante II seien nun Kosten in Höhe von 5.000 € bis 7.000 € kalkuliert worden. Er informiert, dass die bei den Sitzungen des Kreistages genutzte mobile Lösung ca. 3.000 € gekostet habe. In der Vorlage sei zudem aufgeführt, dass für die Sitzungen des Rates der Stadt Melle probeweise bereits vorhandenes Equipment genutzt werden könne. Herr Pietsch bemerkt, dass es strittig sei, ab wann sich der Aufwand eines Livestreams lohne. Bei der vorletzten Kreistagssitzung habe es 457 Zugriffe auf den Livestream von unterschiedlichen IP-Adressen gegeben und über 70 Bürgerinnen und Bürger hätten gleichzeitig den Livestream der Sitzung verfolgt. Er sei zuversichtlich, dass einige Meller Bürgerinnen und Bürger den Livestream der Sitzung des Rates der Stadt Melle verfolgen würden. So sei allen die Möglichkeit gegeben, sich zu informieren, auch wenn nicht die Möglichkeit bestehe, persönlich an der Sitzung teilzunehmen. So sehe er auch bei einem geringen Zugriff auf den Livestream den Nutzen als gegeben an. Zum Thema „Datenschutz“ sei klarzustellen, dass die Redebeiträge von denjenigen, die eine Übertragung nicht

wünschen und einen entsprechenden Hinweis geben, auch nicht veröffentlicht würden. Dieses sei zu respektieren. Bedenken, dass die Beiträge auf z. B. US-Amerikanischen Servern landen, könne er jedoch vor allem bei Nutzern von sozialen Medien nicht nachvollziehen.

Herr Brieber teilt mit, dass er dafür plädiere, einen Livestream bei den Ratssitzungen einzuführen und dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen. Die vorgestellte Variante II befinde sich in einem realistischen Rahmen, sei relativ kostengünstig und kurzfristig umzusetzen. Es bliebe zwar jedem Ratsmitglied überlassen, ob eine Übertragung des jeweiligen Redebeitrages gewünscht werde, jedoch werbe er für eine möglichst vollständige Übertragung, um so einen möglichst großen Nutzen für alle Bürgerinnen und Bürger zu erzielen.

Herr Reehuis gibt zu bedenken, dass bei einer Übertragung per Livestream auch die Sitzungskultur eine Rolle spiele. Bei den Sitzungen des Rates der Stadt Melle gebe es eine kreisrunde Sitzordnung und er empfinde dieses aufgrund des gegenseitigen Sichtkontaktes als sehr angenehm. Dieser qualitative Vorteil dürfe nicht wegen einer Übertragung aufgehoben werden. Dieses Vorgehen stelle eine enorme Einschränkung dar. Bei dem vorliegenden Beschlussvorschlag bleibe die vorhandene Sitzordnung jedoch erhalten. Herr Reehuis stellt fest, dass bei Variante I ein erheblicher Kostenaufwand nötig sei. Allerdings müsse auch bei der Variante II eine Kamera usw. angeschafft werden. Zudem sei die Technik während der ganzen Sitzung von einer Person zu bedienen. Auch Vor- und Nachbereitungszeiten seien notwendig. Hier seien die Personalkosten zu bedenken. Bezugnehmend auf das Beispiel von Herrn Pietsch, dass es 457 Zugriffe auf die Sitzung des Kreistages gegeben habe, gibt er zu bedenken, dass dann prozentual zur Einwohnerzahl gesehen ca. 70-80 Zugriffe auf den Livestream der Ratssitzung der Stadt Melle prognostiziert werden können. Hier stelle sich die Frage, ob das Kosten-Nutzen-Verhältnis richtig sei. Er informiert, dass wahrscheinlich einige Ratsmitglieder grundsätzlich der Übertragung widersprechen würden. Aus diesem Grund sei fraglich, ob die Einführung eines Livestreamings überhaupt sinnvoll sei. Die Mehrheit seiner Fraktion werde der vorliegenden Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Gieshoidt stellt fest, dass das Thema „Livestream“ bereits mehrfach diskutiert worden sei. Die nun vorliegende Vorlage sei überarbeitet und dem Wunsch zur Beibehaltung der bestehenden Sitzordnung entsprechend angepasst worden. Auch er hinterfragt das Kosten-Nutzen-Verhältnis. Da die Kosten in der vorliegenden aktuellen Vorlage jedoch erheblich reduziert seien, schlägt er vor, in eine Versuchsphase zu starten.

Frau Kruse-Wiegand teilt mit, dass die verschiedenen Meinungen und kontroversen Diskussionen einen demokratischen Prozess darstellen und der Livestream eine gute Möglichkeit sei, Bürgerinnen und Bürger daran teilhaben zu lassen. Sie schlägt vor, in eine Probephase zu starten. Nur dann könne das Interesse in der Bevölkerung ermittelt werden.

Herr Thöle bemerkt, dass es schon des Öfteren eine Diskussion zu diesem Thema gegeben habe. Seine Fraktion stimme zwar nicht gegen einen Livestream, jedoch falle ihm die Zustimmung schwer. Seine Fraktion lenke jedoch ein, um das Thema zu einem Abschluss zu bringen. Die Argumente sprechen seiner Meinung nach aufgrund des Kosten-Nutzen-Verhältnisses, des Datenschutzes usw. eher gegen eine Übertragung per Livestream. Er halte jedoch den Vorschlag für sinnvoll, eine Übertragung für eine gewisse Zeit auszuprobieren. Anhand der Zugriffe, sei das Interesse in der Bevölkerung festzustellen. Derzeit wisse er noch nicht, wie sich seine Fraktion bei den Redebeiträgen verhalte. Die Beibehaltung der Sitzordnung halte er jedoch für sehr wichtig.

Herr Landmeyer schlägt bzgl. der angesprochenen anfallenden Personalkosten für die notwendige Betreuung der Livestreamtechnik vor, dass seiner Meinung nach ein Mitarbeiter, der sowieso für die Technik während der Ratssitzung zuständig sei, diese Aufgabe zusätzlich mit übernehmen könne.

Vorsitzender lässt zuerst über den Teil a) des vorliegenden Beschlussvorschlages abstimmen.

Der Rat der Stadt Melle fasst mehrheitlich mit 27-Ja-Stimmen, sechs Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen folgenden

**Beschluss:**

- a) Der Rat spricht sich dafür aus, künftige Sitzungen per Livestream in das Netz zu übertragen.

Anschließend lässt Vorsitzender über Teil b) des vorliegenden Beschlussvorschlages abstimmen.

Der Rat der Stadt Melle fasst mehrheitlich mit 27-Ja-Stimmen, sechs Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen folgenden

**Beschluss:**

- b) Die Verwaltung wird beauftragt, ein Livestream von den Sitzungen des Rates nach der Variante II. umzusetzen.

**TOP 13    Umwandlung der reinen Zweckbindung "Torzhok" in  
Soforthilfeleistung für  
Partnerschaftsstädte/Partnerschaftshilfeleistung  
Vorlage: 01/2023/0079**

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage. Er teilt ergänzend mit, dass die Mittel auf dem Spendenkonto „Torzhok“ seinerzeit fast zu 100% von einer Person eingebracht worden seien. Der Spendengeber habe ausdrücklich eine Umwandlung der Zweckbindung des Spendenkontos begrüßt. So könne heute ein entsprechender Beschluss gefasst werden, um festzulegen, dass die Mittel der Partnerstadt Jekabpils zur Verfügung gestellt werden.

Frau Meier teilt mit, dass sie den Beschlussvorschlag begrüße. Es sei ein unbürokratischer Weg gefunden worden, der Partnerstadt Jekabpils kurzfristig Hilfe zu leisten.

Herr Hunting informiert, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimme. Es sei davon auszugehen, dass die Verwendung der Mittel für die Stadt Torzhok in einem absehbaren Zeitraum nicht möglich sein werde. Daher sei es sinnvoll, die Mittel dort zu verwenden, wo sie dringend benötigt werden.

Frau Hövel teilt mit, dass auch ihre Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimme.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

1. Die reine Zweckbindung des Spendenkontos „Torzhok“ wird in Soforthilfeleistung für Partnerschaftsstädte der Stadt Melle umgewandelt.
2. Die durch Überschwemmungen in Not geratene Partnerstadt Jekabpils kann mit den derzeit verfügbaren Mitteln von 4.999,72 € unterstützt werden. Die finanzielle Unterstützung soll im Jahr 2023 zur Verfügung gestellt werden.

**TOP 14    Aufstellung einer Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffen für  
die Geschäftsjahre 2024 bis 2028  
Vorlage: 01/2023/0025**

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage. Er informiert ergänzend, dass für die Zustimmung des vorliegenden Beschlussvorschlages eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Ratsmitglieder notwendig sei. Es habe eine Beteiligung der Ortsratsgremien stattgefunden. Bei zwei Ortsräten habe eine Absprache mit der Ortsbürgermeisterin bzw. dem Ortsbürgermeister dahingehend stattgefunden, dass eine Anhörung nachträglich erfolge. Die endgültige Wahl der Schöffen werde dann über den Wahlausschuss erfolgen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Dem Amtsgericht Osnabrück werden die in der anliegenden Schöffenliste (Anlage 1) aufgeführten Personen als mögliche ehrenamtliche Richterinnen und Richter für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028 vorgeschlagen.

**TOP 15    Mitwirkung von Schöffen in der Strafgerichtsbarkeit - Wahl  
der Vertrauensperson für die Schöffenwahl  
Vorlage: 01/2023/0026**

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Melle benennt Herrn Roland Bieber, Am Esch 16, 49326 Melle als Vertrauensperson für den Schöffenwahlausschuss. Als Stellvertreter wird Herr Harald Voß, Wienfeld 18, 49326 Melle benannt.

**TOP 16    Übernahme gebrauchter Raummodule  
Vorlage: 01/2023/0035**

Herr Schmeing erläutert die Beschlussvorlage. Er teilt ergänzend mit, dass die Container von der schenkenden Firma an den von der Stadt Melle gewählten Standort transportiert würden. Hierfür entstünden keine Kosten. Für die Entsorgung werde mit Kosten in Höhe von ca. 1.000,00 € pro Container gerechnet. Also insgesamt ca. 34.000,00 € für alle Container. Mögliche Mietkosten würden im fünften Jahr die entsprechenden Kosten für eine Übernahme überschreiten.

Herr Pietsch bemerkt, dass die stetige Langwierigkeit von Prozessen für ihn die einschneidendste Erfahrung in der Mitarbeit in den kommunalen politischen Gremien sei. In der Stadt Melle gebe es etliche Projekte, deren Umsetzung lähmend langsam erfolgen. In der vorliegenden Beschlussvorlage gehe es darum, eine gebotene Chance wahrzunehmen. Dadurch könnte sich die prekäre Raumsituation in der Verwaltung entspannen und für eine kurzfristige Verbesserung für die OBS Neuenkirchen gesorgt werden. Die Probleme hier haben alle Anwesenden gerade wieder in der heutigen Einwohnerfragestunde wahrnehmen können. Zudem liege eine positive Wirtschaftlichkeitsrechnung vor und das wirtschaftliche Risiko sei überschaubar. Die Fertigstellung könnte noch in diesem Jahr erfolgen. Herr Pietsch bemängelt, dass nun darüber nachgedacht werde, ob durch diese vorübergehende Verbesserung der Situation der OBS Neuenkirchen evtl. die erforderlichen baulichen

Maßnahmen zeitlich verzögert werden könnten. Er betont, dass es nicht wünschenswert sei, dass die Schülerinnen und Schüler in Neuenkirchen weiterhin in alten Containern untergebracht seien. Er plädiert an alle Ratsmitglieder, der vorliegenden Beschlussvorlage zuzustimmen.

Frau Wehrmann bemerkt, dass die zu übernehmenden Raumcontainer bereits 15 Jahre alt seien. Sie habe die Container selber in Augenschein genommen und festgestellt, dass sie jedoch durchaus noch in einem gebrauchsfähigen Zustand seien. Allerdings seien sie teilweise renovierungsbedürftig. Es sei klar, dass die Container zu einer deutlichen Verbesserung der Situation für die OBS Neuenkirchen führen. Trotzdem habe ihre Fraktion Vorbehalte. Die Verwendung für die OBS Neuenkirchen müsse geprüft werden und ggf. seien ganz neue Container hier sinnvoller. Es gebe vor allen Vorbehalte bei der Nutzung der Raumcontainer im Bereich der Verwaltung der Stadt Melle. Räume in Container seien für ihre Fraktion keine adäquaten Arbeitsplätze und stellten kein positives Kriterium für die Mitarbeitergewinnung dar. Die Fluktuation von Mitarbeitenden zu verhindern und neue Mitarbeiter zu gewinnen sei derzeit eine große Aufgabe. Eine vorübergehende Überbrückung von ein bis zwei Jahren sei noch einzusehen. Sie gehe allerdings davon aus, dass eine deutlich längere Nutzung notwendig sein werde. Frau Wehrmann teilt mit, dass bei einer Übernahme der Raumcontainer Investitionskosten für Dämm- und Innenausbauarbeiten in Höhe von 420.000,00 € notwendig seien. Bei dem Thema „Dämmung“ sei noch zu hinterfragen, inwieweit dieses möglich und zielführend sei. Für die Höhe der notwendigen Investitionskosten bedeute dieses, dass pro Container ein Betrag in Höhe von 12.000,00 € nötig sei. Teilweise seien neue Container für diesen Betrag zu bekommen. Allerdings könne sie die jeweilige Ausstattung und Dämmung dort nicht beurteilen. Zudem müssten die übernommenen Container zunächst teilweise zwischengelagert werden. Frau Wehrmann schlägt vor, den Beschluss zu teilen. Es sollte zum einen über die Schenkung entschieden werden und zum anderen die Entscheidung für die Nutzung der Container als Büroräume für die Verwaltung nocheinmal beraten werden.

Es gebe auch an anderen Stellen die Möglichkeiten, Container einzusetzen. Hier nennt sie als Beispiel die Nutzung der Container für die Jugendarbeit der Ortsfeuerwehr Buer.

Herr Schmeing erklärt, dass der Betrag, der für die Herstellung der Container angesetzt worden sei, daraus resultiere, dass die Container bereits 15 Jahre alt seien. Es würden Boden- und Wandbeläge usw. berücksichtigt. Kombiniert mit der ästhetischen Gestaltung reichen die übernommenen Raumcontainer dann in Bezug auf die Dämm- und Komfortwerte an neue Containern heran. Bei der Beschaffung von neuen Containern müsse bedacht werden, dass es auch dann notwendig sei, Wandmodule und alles für den Innenausbau zu beschaffen. Hier sei es schwierig ein entsprechendes Angebot zu bekommen. Zudem müsse man dann in eine Planung und Ausschreibung gehen und mit langen Lieferzeiten rechnen. Daher sei das vorliegende Angebot interessant und gesamtwirtschaftlich akzeptabel.

Herr Hunting gibt zu bedenken, dass die Deckung von Raumbedarfen durch mobile Raumsysteme immer nur die zweitbeste Lösung sei. Vorstellbar sei auch, die Bedarfe an der OBS Neuenkirchen und am Schürenkamp durch feste Baukörper abzudecken. In der Kürze der Zeit sei dieses allerdings nicht möglich. Es müsse angestrebt werden, für die OBS Neuenkirchen vernünftige Räumlichkeiten zu schaffen. Zurzeit sei dieses jedoch nur durch ein mobiles Raumsystem möglich. Die dort im Moment genutzten Container seien in einem sehr fragwürdigen Zustand, was z. B. die Energetik und das Raumklima angehe und es bestehe dringender Handlungsbedarf. Seit mehreren Jahren spreche man schon über die Situation des Stadthauses. Es sei wichtig, vernünftige Räumlichkeiten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schaffen. Gleichzeitig sei es notwendig geworden, Beschlüsse zu fassen, um neues Personal, z. B. für den Wohngeldbereich, einzustellen. Vor dem Hintergrund, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untergebracht werden müssen, habe man nach Abwägung aller Vor- und Nachteile entschieden, dass die Übernahme der Raumcontainer hier ein Weg sein könne. Wenn es nicht um eine Schenkung gehen würde, hätte man sicherlich noch andere Möglichkeiten ins Kalkül gezogen. Er weist darauf hin, dass auch bei einer Errichtung von Containern die personellen Kapazitäten des

Gebäudemanagements mit einbezogen werden müssen. Grundsätzlich sei sonst immer ein fester Baukörper einer vorübergehenden Lösung zu bevorzugen. Allerdings sei man derzeit nicht in der Lage, einen festen Baukörper in Neuenkirchen oder am Schürenkamp hinzubekommen. Die Raumcontainerlösung sei kurzfristig realisierbar und er bittet daher um Zustimmung.

Herr Reehuis teilt mit, dass mit der Containerlösung kurzfristig zusätzliche Arbeitsplätze am Stadthaus errichten werden können. Dieses sei ein großer Vorteil, denn auch die zusätzlichen Anmietungen und der Ausbau am Schürenkamp 14 seien nicht ausreichend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Bzgl. der OBS Neuenkirchen weist er darauf hin, dass die dort aufgestellten Containersysteme überhaupt nicht zulässig seien. Die Klimabedingungen seien nicht gut und es könne keine moderne Unterrichtsgestaltung stattfinden. Die Schülerinnen und Schüler seien schon seit einem Jahrzehnt dieser Situation ausgesetzt. Herr Reehuis betont, dass es Garantien geben müsse, damit man bei einem Tausch der Container nicht wieder ein Jahrzehnt mit den Containern leben müsse. Zudem komme hinzu, dass durch den Austausch der Unterrichtscontainer immer noch nichts an der Mensasituation geändert werde. Obwohl es einen Ganztagsbetrieb an der Schule gebe, sei keine richtige Mensa vorhanden. Es müsse bedacht werden, dass bei einer Planung mit den neuen Containern auch Arbeitskapazitäten des Gebäudemanagements in erheblichen Umfang in Anspruch genommen werden. So würden ursprünglich anstehende Planungen ggf. verschoben. Diese Themen sei auf die Tagesordnung der Strategieklausur im April aufzunehmen. Er weist zudem darauf hin, dass sich der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen noch nicht mit dem Thema auseinandergesetzt habe. Es gebe für die notwendigen Investitionskosten in Höhe von voraussichtlich 600.000,00 € noch keinen konkreten Deckungsvorschlag. Bei der Abwägung der Vor- und Nachteile sollte man allerdings auch die Chance sehen, dass man kurzfristig am Stadthaus eine Vielzahl von Arbeitsplätzen einrichten könne und eine Verbesserung der Schulraumsituation an der OBS Neuenkirchen hinbekomme. Er betont ausdrücklich, dass es sich hierbei um keine Dauerlösung handeln dürfe. Aus seiner Sicht seien die Investitionen in dem Schulstandort Neuenkirchen ganz oben in der Prioritätenliste anzusiedeln.

Herr Albertmelcher bemerkt, dass in der vorliegenden Beschlussvorlage ein Ansatz zum Wirtschaftlichkeitsvergleich aufgeführt sei. Hier sei die Neuanschaffung von Containern mit der Schenkung verglichen worden. Er gibt zu bedenken, dass in der Abwägung auch noch weitere Lösungen hätten einfließen müssen. Seiner Meinung sei auch die Anmietung von Räumlichkeiten in Betracht zu ziehen. Er berichtet, dass es fußläufig zum Stadthaus einen geeigneten Leerstand gebe. Diese Möglichkeit sei seiner Meinung nach eine Alternative, da die Räumlichkeiten sofort zur Verfügung ständen, energetisch besser seien und nicht so große Kapazitäten des Gebäudemanagements nötig seien. Der Eigentümer sei sicherlich bei einem längerfristigen Mietvertrag und der Gestaltung der jeweiligen Raumzuschnitte gesprächsbereit. Bei einer möglichen Neuordnung der Organisationsstruktur seien die Räumlichkeiten auch geeignet, um Ämter, wie z. B. die Zulassungsstelle oder das Bürgeramt, aus dem Stadthaus auszugliedern. Das Thema „Finanzen“ müsse ebenfalls berücksichtigt werden. Bei einer Miete rechne man mit Aufwendungen in Höhe von ca. 40.000,00 € pro Jahr. In der vorliegenden Beschlussvorlage gehe es bei den überlassenen Raumcontainern alleine für das Stadthaus um einen Betrag für Investitionen in Höhe von 450.000,00 €. So könnten theoretisch zehn Jahre die angesprochenen Räume angemietet werden. Herr Albertmelcher stellt zudem fest, dass Container, die für Büroräume nicht so gut geeignet seien, auch für eine Schule wahrscheinlich nicht vernünftig nutzbar seien. Er bittet darum, den Beschlussvorschlag, wie von Frau Wehrmann angeregt, zu teilen und über beide Teile einzeln abstimmen zu lassen.

Vorsitzender bittet um Mitteilung, ob es einen Antrag gebe, den vorliegenden Beschluss aufzuteilen und wie die genaue Formulierung lauten solle.

Frau Wehrmann teilt mit, dass die Wortbeiträge vermuten lassen, dass es eine Mehrheit für die Schenkung der Raumcontainer gebe. Sie schlägt vor, über die Schenkung einen Beschluss und im Anschluss einen Beschluss über die Verwendung zu fassen. .

Herr Reehuis weist darauf hin, dass es eine konkrete Antragstellung geben müsse.  
Herr Gieshoidt teilt mit, dass über den vorliegenden ursprünglichen Beschlussvorschlag abgestimmt werden könne.  
Vorsitzender lässt über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Rat der Stadt Melle fasst mehrheitlich mit 25 Ja-Stimmen, 12-Nein und zwei Enthaltungen folgenden

**Beschluss:**

Einer Übernahme der Raumcontainer für den Verwaltungsstandort Schürenkamp und die Oberschule Neuenkirchen wird, wie in der Stellungnahme zur Sach- und Rechtslage beschrieben, zugestimmt.

**TOP 17 Überplanmäßige Aufwendungen/Mittelbereitstellungen:**

**TOP 17.1 Überplanmäßige Aufwendungen für das Jahr 2022 im Produkt "Personalmanagement 111-08"  
Vorlage: 01/2023/0056**

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die überplanmäßigen Aufwendungen für das Produkt 111-08 „Personalmanagement“ in Höhe von 45.000 € für das Haushaltsjahr 2022 werden gemäß § 117 NKomVG genehmigt.

**TOP 17.2 Überplanmäßige Auszahlungen für das Jahr 2022 im Produkt "Gebäudemanagement 111-14"  
Vorlage: 01/2023/0072**

Herr Schmeing erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die überplanmäßigen Auszahlungen für das Produkt 111-14 „Gebäudemanagement“ in Höhe von 450.000 € für das Haushaltsjahr 2022 werden gem. § 117 NKomVG genehmigt.

**TOP 17.3 Außerplanmäßige Auszahlung für das Jahr 2023 im Produkt "111-14 - Gebäudemanagement"  
Vorlage: 01/2023/0068**

Herr Schmeing erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst mehrheitlich mit 28 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

**Beschluss:**

Die außerplanmäßige Auszahlung für das Produkt 111-14 „Gebäudemanagement“ in Höhe von 600.000 € für das Haushaltsjahr 2023 wird gem. § 117 NKomVG genehmigt.

**TOP 17.4 Überplanmäßige Aufwendungen für das Jahr 2022 im  
Produkt 111-16 / Ergebnishaushalt Baubetriebsdienst  
Vorlage: 01/2023/0062**

Herr Schmeing erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die überplanmäßigen Aufwendungen für das Produkt 111-16 im Ergebnishaushalt Baubetriebsdienst in Höhe von 79.500,00 € für das Haushaltsjahr 2022 werden gemäß § 117 NKomVG genehmigt.

**TOP 17.5 Überplanmäßige Aufwendungen für das Jahr 2022 im  
Produkt 552-01 öffentliche Gewässer  
Vorlage: 01/2023/0077**

Herr Schmeing erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die überplanmäßigen Aufwendungen für das Produkt 552-01 öffentliche Gewässer (Ergebnishaushalt) in Höhe von 45.000,00 € für das Haushaltsjahr 2022 werden gemäß § 117 NKomVG genehmigt.

**TOP 17.6 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Projekt Neue  
Mitte-Nord  
Vorlage: 01/2023/0069**

Herr Schmeing erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Melle beschließt gemäß §117 NKomVG die Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen für Erschließungsmaßnahmen im Projekt Neue Mitte-Nord in Höhe von 500.000 Euro. Die Mittel sind der Investitionsnummer I60019-P04 Innere Erschließung - Straßenbau zuzuordnen.
2. Der Rat der Stadt Melle beschließt gemäß §117 NKomVG die Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen für Kostensteigerung zur Errichtung des Jugendzentrums im Projekt Neue Mitte-Nord in Höhe von 240.000 Euro. Die Mittel sind der Investitionsnummer I60019-P01 Jugendzentrum „Altes Stahlwerk“ zuzuordnen.

**TOP 17.7 Überplanmäßige Aufwendungen für die Jahre 2023 bis 2025  
im Projekt P40019-002 "An- und Ausbau  
Kindertagesstätten"; hier: Übergangslösung dreiguppige  
Kita in Melle-Mitte  
Vorlage: 01/2023/0070**

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage.

Frau Kruse-Wiegand betont, dass Kita-Plätze dringend gebraucht werden. Sie freue sich, dass hier kurzfristig eine gute pragmatische Lösung gefunden worden sei, um dem großen Bedarf nachzukommen.

Herr Kruse teilt mit, dass er es sehr begrüße, dass Kita-Plätze geschaffen würden. Erschreckend sei die lange Bauphase der ehemaligen Jugendherberge. Er weist darauf hin, dass die Auswahl des Trägers nun dringend erforderlich sei. Die schlechteste Möglichkeit sei, dass die Stadt Melle selber Träger werde. Die Hoffnung sei, dass ein Träger mit einem guten Konzept gefunden werde.

Herr Dreier informiert, dass am heutigen Tag eine Abstimmung mit dem begleitenden Anwaltsbüro für diese europaweite Ausschreibung stattgefunden habe. Es werde kurzfristig eine entsprechende Ausschreibung veröffentlicht werden.

Frau Ernst unterstreicht, dass es wichtig sei, für die fehlenden Kita-Plätze eine zeitnahe Lösung zu finden. Es sei sehr gut, dass die Bürgermeisterin in der Sitzung des Ausschusses für Bildung zu diesem Thema Rede und Antwort gestanden habe. Es werde zwar die vorübergehende Mobillösung begrüßt, allerdings stelle sich für ihre Fraktion die Frage, wie lange das Ausschreibungsverfahren dauern werde und wann mit der Auswahlentscheidung zu rechnen sei. Auch sei wichtig, dass entsprechendes Fachpersonal für die Kita für die zweite Hälfte 2023 rechtzeitig gefunden werde.

Herr Dreier erklärt, dass bei der Ausschreibung gesetzliche Fristen zu beachten seien. Er gehe davon aus, dass zum 01.09.2023 jedoch allerspätestens zum 01.10.2023 ein entsprechender Träger gefunden werde. Eine vorherige Ausschreibung sei nicht möglich gewesen, da die Bauzeitenverzögerungen dazu geführt hätten, dass kein konkreter Startzeitpunkt angegeben werden konnte. Somit sei die Mobillösung nun eine gute Chance. Der Träger könne frühzeitig einsteigen und sukzessive die Trägerschaft später auszubauen. Durch den festen Zeitpunkt habe die Stadt Melle nun auch die Sicherheit, nicht in Schadensersatzforderungen hineinzulaufen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1.) Die Verwaltung wird beauftragt, die mobilen Räume der jetzigen Kita Grönenbergpark zum nächstmöglichen Zeitpunkt, frühestens aber zum 01.07.2023, für zunächst zwei Jahre anzumieten.
- 2.) Die überplanmäßigen Aufwendungen gem. § 117 NKomVG für das Projekt P40019-002 „An- und Ausbau Kindertagesstätten“ im Haushaltsjahr 2023, 2024 und 2025 für
  - a) die Anmietung der mobilen Räume in Höhe von 54.995,85 € in 2023, 109.991,70 € in 2024 sowie 54.995,85 € in 2025, insgesamt mithin 219.983,40 € im Ergebnishaushalt des Projektes,
  - b) den Aufwand für den Abbau der mobilen Räume in Höhe von 45.000 € im Ergebnishaushalt des Projektes in 2025

werden genehmigt.

**TOP 18    Beschluss Einrichtung eines frauenORTs Ilse Losa in Melle**  
**Vorlage: 01/2023/0012**

Bürgermeisterin erläutert die Beschlussvorlage. Sie ergänzt, dass in Buer und in der „Alten Posthaltere“ die ersten Auftaktveranstaltungen bereits gelaufen seien. Außerdem empfehle sie eine Reportage des Hessischen Rundfunk über Ilse Losa, welche demnächst in Melle öffentlich gezeigt werden solle.

Frau Kruse-Wiegand teilt mit, dass der Ausschuss für Kultur, Tourismus und Stadtmarketing sich in seiner Sitzung am 21.02.2023 einstimmig dafür ausgesprochen habe, die Antragstellerinnen bei dem Projekt zu unterstützen. Das Leben und Wirken von Frauen sei Teil des kulturellen Erbes und immer noch zu wenig sichtbar. Dieses müsse sich ändern. Mit der Initiative frauenORT mache der Landesfrauenrat Niedersachsen e. V. die Geschichte von bedeutenden Frauen sichtbar. Mittlerweile gebe es in 47 Städten und Gemeinden in Niedersachsen Straßen, Plätze usw. deren Namen an bedeutende weibliche Persönlichkeiten erinnern. Außerdem gebe es Ausstellungen und Aktionen, mit denen ein guter Zugang zu der persönlichen Stadtgeschichte geschaffen werde. Ein frauenORT Ilse Losa bereichere die Stadt Melle und habe ein großes Potenzial, ein touristischer Anziehungspunkt zu werden. Dieses zeigten die Erfahrungen aus anderen Städten. Man zeige so, dass Geschichten von Frauen wichtig seien und man diese zur Sichtbarkeiten verhelfen wolle. FrauenORTE werde vom NDR begleitet und überregional vermarktet. Zudem habe Ilse Losa bereits jetzt für Aufmerksamkeit gesorgt, da ihr fünfzig Minuten in der Sendung „Zeitzeichen“ des WDR`s gewidmet worden seien. Auch in der TAZ sei ihr eine Seite gewidmet worden.

Frau Aryus-Böckmann teilt mit, dass ihre Fraktion die Bezuschussung des Projektes frauenORT Ilse Losa begrüße. Die Umsetzung des biographisch-literarischen Weges sei lobenswert und es sei denkbar, weitere derartige touristische Anziehungspunkte zu entwickeln.

Herr Plaß dankt der Initiativgruppe frauenORT. Es sei nicht der erste Anlauf sich mit Ilse Losa zu beschäftigen. Allerdings sei es nie zu einer richtigen Würdigung der Persönlichkeit gekommen. Das Projekt frauenORT stelle nicht nur eine Würdigung des Schicksals und des Lebenswerkes von Ilse Losa dar, sondern sei auch ein Gewinn für die Stadt Melle. Die Wichtigkeit der Würdigung werde auch durch die Berichterstattung in den überregionalen Medien deutlich. Er begrüße das Projekt außerordentlich.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die Wilde Rose e.V. und die Initiativgruppe frauenORT Ilse Losa wird in Kooperation mit der Stadt Melle beim Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. einen Antrag für den frauenORT Melle zur Würdigung des Lebens und Werks von Ilse Losa stellen.

Bei positiver Entscheidung des Landesfrauenrates wird sich die Stadt Melle an den Gesamtkosten des Projekts im Jahr 2024 mit einem Betrag von 10.000,00 € beteiligen.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel.

**TOP 19    Preisanpassungsklausel Bäder**  
**Vorlage: 01/2023/0021**

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Hinze teilt ergänzend mit, dass der Ausschuss für Soziales, Sport und ehrenamtliches Engagement am 14.02.2023 dem Beschlussvorschlag mehrheitlich zugestimmt habe. Es gehe hier um eine maßvolle Erhöhung der Eintrittsgelder, welche bei den derzeitigen Inflationsraten zu vertreten seien.

Herr Kruse bemerkt, dass die Preisanpassungsklausel bereits im Jahr 2010 eingeführt worden sei und es sei damit eine gute Grundlage für die Anpassung der Eintrittsentgelte gefunden worden. Durch das Thema „Energie- und Personalkosten“ sei eine stetige Anpassung notwendig. Die Steigerungen der Eintrittsentgelte seit dem Jahr 2010 hätten sich in einem überschaubaren Rahmen gehalten. Im Jahr 2022 habe es jedoch eine erhebliche Steigerung der Energiekosten gegeben. Auch im Personalbereich käme es wahrscheinlich aufgrund von Tarifierhöhungen zu höheren Ausgaben. Es werde auch in den nächsten Jahren notwendig sein, die gestiegenen Kosten an die Bevölkerung weiterzugeben. Hinsichtlich der Besucherzahlen weist Herr Kruse darauf hin, dass die Besucherzahlen z. B. im Wellenbad erheblich niedriger seien als in vergangenen Jahren. In den Freibädern Neuenkirchen und Oldendorf gebe es eine höhere Auslastung. Insgesamt gebe es einen Zuschussbedarf von ca. 2,5 Mio. € für alle Freibäder und das Hallenbad in der Stadt. Es sei sinnvoll, die Preise, wie in der Beschlussvorlage angegeben, maßvoll zu erhöhen. Bzgl. einer angedachten Überprüfung der Preisanpassungsklausel durch einen Arbeitskreis teilt er mit, dass es wichtig sei, das Gesamtbild zu sehen und den Haushalt zu berücksichtigen. Vorsitzender teilt mit, dass im Ausschuss für Soziales, Sport und ehrenamtliches Engagement am 14.02.2023 folgenden Erweiterung festgehalten worden sei: *Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, neue Preisstrukturen für das Hallenbad zu erarbeiten.*

In der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 28.02.2023 sei dann diese Ergänzung wie folgt konkretisiert worden:

*Die Verwaltung wird beauftragt, einen interfraktionellen Arbeitskreis einzurichten, um eine Überprüfung der Preisanpassungsklausel für die Meller Bäder auf Plausibilität und Anpassungsmöglichkeiten vorzunehmen.*

Vorsitzender teilt mit, dass er über den Beschlussvorschlag mit dem im Verwaltungsausschuss beschlossenen Zusatz abstimmen lässt.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Aufgrund der Preisanpassungsklausel vom 17.03.2010 werden zur Saison 2023 die Eintrittsentgelte der Einzelkarten des GrönegauBades/Wellenbades um 1,00 EUR erhöht. Die Einzelkarten der Freibäder Wellingholzhausen, Riemsloh, Oldendorf und Neuenkirchen werden um 0,50 EUR erhöht. Die Preise für die Saisonkarten erhöhen sich entsprechend.

Die Änderung der Anlage 1 der „Entgeltordnung-Bäder“ wird in der anliegenden Form zum 01.05.2023 beschlossen.

*Die Verwaltung wird beauftragt, einen interfraktionellen Arbeitskreis einzurichten, um eine Überprüfung der Preisanpassungsklausel für die Meller Bäder auf Plausibilität und Anpassungsmöglichkeiten vorzunehmen.*

**TOP 20    Schulsachkosten 2023 - Entwurf einer Vereinbarung über Sachkostenabschläge  
Vorlage: 01/2023/0041**

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zu den Schulsachkosten nach § 118 NSchG in der anliegenden Fassung für das Jahr 2023 abzuschließen.

**TOP 21 Annahme von Zuwendungen**  
**Vorlage: 01/2023/0067**

Herr Hensiek erläutert die Beschlussvorlage. Er ergänzt, dass überlegt worden sei, dass unter TOP 16 behandelte Thema der Übernahme von gebrauchten Raummodulen mit aufzunehmen. Jedoch sei man der Meinung, dass durch den mehrheitlich gefassten Beschluss die entsprechende Annahme bereits genehmigt worden sei.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Melle genehmigt die Annahme und Vermittlung von Zuwendungen i.S.v. § 111 Abs. 7 NKomVG gemäß der Anlage 1 für die Stadt Melle.

**TOP 22 Bebauungsplan "Baumgarten - 3.Änderung", Melle-Gesmold; hier: Beschluss über die Abwägung und Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: 01/2023/0003**

Herr Schmeing erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Uffmann ergänzt, dass es hier ein schnelles Verfahren gegeben habe. Es handele sich um ein sinnvolles Vorhaben im Bereich der Nachverdichtung und dieses sei eine gute Entwicklung für Gesmold. Er teilt mit, dass alle ökologischen Belange berücksichtigt worden seien. Zudem habe der Ausschuss für Planen und Stadtentwicklung den Beschlussvorschlag einstimmig empfohlen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Bebauungsplan „Baumgarten - 3.Änderung“, Melle-Gesmold wird als Satzung beschlossen.

Die Abwägung gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB wird wie in den Anlagen dargestellt beschlossen.

**TOP 23 Antrag der SPD/Grünen/Linke.-Stadtratsgruppe vom 22.02.2023 zur Umsetzung der Handlungsoptionen aus dem Wasserversorgungskonzept 2050 der Stadt Melle**  
**Vorlage: 01/2023/0058**

Herr Trenkler erläutert den vorliegenden Antrag und erklärt, dass es hierbei darum gehe, dass zeitnah mit der weiteren Umsetzung von Maßnahmen aus dem Wasserversorgungskonzept 2050 der Stadt Melle fortgeföhren werde. Heute sei der

„Weltwassertag“ und dieses sei ein guter Zeitpunkt, mit der Umsetzung der Umweltbildung zu beginnen. Herr Trenkler bedankt sich ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wasserwerkes für die seit Jahrzehnten geleistete gute Arbeit. Trinkwasser zähle, abgesehen von Sauerstoff, zu dem wichtigsten Stoff, der für das Überleben notwendig sei. Allerdings werde dem Thema viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Nun lägen die Ergebnisse des Wasserversorgungskonzeptes 2050 sowie das Zukunftskonzept Wasserversorgung Landkreis Osnabrück vor. In dem Antrag gehe es darum, die Wasserversorgung auf regionaler Ebene viel stärker zu thematisieren. Dieses solle z. B. über Kindergärten, Schulen und auch einzelne Bürgerinnen und Bürger geschehen. Auf der Homepage des Deutschen Bildungsservers würden hierzu zahlreiche Materialien und Hilfen angeboten. Bei einer ämterübergreifenden Zusammenarbeit sei ein Start im ersten Halbjahr 2023 möglich. In der Sitzung des Betriebsausschusses und des Verwaltungsausschusses sei der Antrag bereits jeweils einstimmig empfohlen worden.

Herr Lütkemeyer teilt mit, dass der vorliegende Antrag in der Sitzung des Betriebsausschusses am 07.03.2023 beraten worden sei. Dieser basiere auf Handlungsempfehlungen und Vorschlägen im Wasserversorgungskonzept. Es sollen zeitnah Vorschläge erarbeitet werden, welche Maßnahmen kurzfristig und effektiv umgesetzt werden können. Herr Lütkemeyer betont, dass es wichtig sei, dass dieses ämterübergreifend erfolge und nicht nur dem Wasserwerk obliege. Als Stichworte nennt er hier die „Sportplatzbewässerung“ und die „Gartenwasserzähler“. Der Betriebsausschuss habe einstimmig bei Enthaltung der Mitarbeitervertreter dem Antrag zugestimmt.

Herr Kruse teilt mit, dass er bereits aus der Bevölkerung angesprochen worden sei, wie die Handhabung in diesem Jahr bzgl. der „Sportplatzbewässerung“ sei. Im letzten Jahr sei es hier zu unterschiedlichen Auffassungen gekommen. Der Landkreis habe die Entnahme aus den Gewässern der zweiten und dritten Ordnung untersagt. Allerdings sei es dann teilweise zu einer Bewässerung durch eine Trinkwasserentnahme gekommen. Er wünsche sich für dieses Jahr eine konkrete Ansage aus dem Amt für Familie, Bildung und Sport an die Handelnden und eine entsprechende Überprüfung. Dabei sei eine Gleichbehandlung aller wichtig.

Frau Kattner-Tschorn bedankt sich bei allen Beteiligten für die konstruktive Ausarbeitung des vorliegenden Antrages. Sie bemerkt, dass es bei dem Antrag um konkrete Maßnahmen zur Umwelt-Bildung gehe und in keinem Zusammenhang mit der Sportplatzbewässerung stehe. Sie bittet um Zustimmung zum Antrag.

Herr Stakowski teilt mit, dass er den vorliegenden Antrag begrüße und den Antragstellern danke. Der Bereich der Bildung sei ein guter Beginn und erster Schritt. Wenn das Thema ernst genommen werde, seien es natürlich viele weitere Schritte notwendig. Wenn man die gesamte Tragweite der Bedeutung des Themas „Wasser“ berücksichtige, könne man feststellen, dass man sich in der Vergangenheit möglicherweise nicht ausreichend damit beschäftigt habe. Er erinnert, dass seinerzeit bei der Firma Zero Emission GmbH in Auftrag gegeben worden sei, Handlungsfelder zu identifizieren, die z. B. in die Bauleitplanung einfließen können. Hier seien verschiedene Maßnahmen genannt worden, die man umsetzen könnte. Im politischen Raum habe es hierzu bisher keine Diskussion gegeben. Er wünsche sich, dass auf den Antrag aufbauend gemeinsam überlegt werde, welche Anforderungen zum Thema „Wasser“, gerade auch bei neuen Baugebieten, festgelegt werden sollen. Er weist darauf hin, dass bzgl. des Bebauungsplanes „Gewerbepark Grüne Kirchbreede“ die Möglichkeit bestehe, sich im politischen Raum Gedanken zu machen, welche Regelungen festgeschrieben werden sollen. Herr Stakowski betont abschließend, dass er dem Antrag gerne zustimme und es wichtig sei, über weitergehende Maßnahmen nachzudenken und diese dann konkret umzusetzen.

Frau Kruse-Wiegand teilt mit, dass sie sich über die Zustimmung zum vorliegenden Antrag freue. Schön sei zudem, dass viele genannte Ideen bereits im Zukunftskonzept Wasserversorgung des Landkreis Osnabrück beschrieben seien. So habe man Dokumente zur Verfügung, auf deren Basis die Möglichkeit bestehe, die Stadt so zukunftssicher

aufzustellen, dass die nächsten Generationen im Bereich der Trinkwasserversorgung gut versorgt seien.

Herr Hunting unterstreicht, dass er den Ausführungen von Herrn Stakowski zustimme. Der vorliegende Antrag sei ein Einstieg in dieses Thema. Aufgrund des Klimawandels gebe es ein geringeres Wasservorkommen und gleichzeitig steige der Bedarf an Wasser. Z. B. benötige auch die Landwirtschaft zukünftig mehr Wasser, um Nahrungs- und Futtermittel zu erzeugen. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen in den Prozess einbezogen werden. Es müsse auch dafür Sorge getragen werden, dass das Regenwasser möglichst lange Vorort gehalten werde, um es dem Grundwasser zuzuführen. Dieses sei eine große Zukunftsaufgabe. Die bereits vor Jahren aufgestellten Vorgaben des Landkreises seien nun in der Stadt Melle durch das politische Handeln umzusetzen.

Der Rat der Stadt Melle beschließt einstimmig folgenden

#### **Antrag:**

Die SPD/Grünen/Linke.-Stadtratsgruppe hat mit Schreiben vom 22.02.2023 folgenden Antrag gestellt:

Die Stadt Melle wird beauftragt, zeitnah mit der weiteren Umsetzung von Maßnahmen aus dem Wasserversorgungskonzept 2050 der Stadt Melle sowie des ZKWV\_LKOS (Zukunftskonzept Wasserversorgung Landkreis Osnabrück) fortzufahren.

Hierzu erarbeitet die Stadt Melle konkrete Maßnahmen zur Umwelt-Bildung (gem. Kapitel 9.2.1 des Wasserversorgungskonzeptes 2050).

Die identifizierten Maßnahmen sollen dem Betriebsausschuss in der nächsten Sitzung (voraussichtlich 29. Juni 2023) inklusive eines Zeit- und Ressourcenplans für deren Umsetzung vorgestellt werden.

#### **TOP 26    Wünsche und Anregungen**

- Herr Pietsch merkt zum Thema „Weiterbehandlung von Ortsratsbeschlüsse“ an, dass teilweise der Eindruck entstanden sei, dass gefasste Ortsratsbeschlüsse nicht umgesetzt würden. Hier nennt er ein Beispiel aus der Sitzung des Ortsrates Melle-Mitte am 22.09.2021. Es sei dort ein Antrag der UWG zur Erneuerung der Bürgersteigpflasterung an der Mühlenstraße einstimmig gefasst worden. Allerdings sei eine Umsetzung bisher nicht erfolgt. Er halte es für wichtig, dass gerade Beschlüsse, in denen es um Barrierefreiheit und Verkehrssicherheit gehe, zügig umgesetzt werden. Hier regt er an, dass Beschlüsse aus den Ortsräten zur weiteren Behandlung den zuständigen Fachausschüssen zugeleitet werden.

Herr Dreier erklärt, dass im NKomVG geregelt sei, dass die Ortsräte einen Anspruch darauf hätten, dass sich die entsprechenden Organe der Stadt in einem Zeitrahmen von vier Monaten mit ihren Beschlüssen befassen.

- Herr Kruse teilt hierzu mit, dass der Ortsrat Gesmold durch Beschlüsse mehrfach gefordert habe, die Gemeindearbeiteranteile aufzustocken. Eine offizielle Rückmeldung habe es auch nach drei Jahren nie gegeben. Diese fehlenden Rückmeldungen, auch bei kleineren Angelegenheiten, würden schon seit längerem bemängelt. Hier sei eine Abstimmung notwendig.

- Herr Albertmelcher erkundigt sich, ob angedacht sei, dass das Bürgeramt zukünftig auch wieder an Samstagen öffne.

Herr Dreier informiert, dass man sich derzeit verwaltungsmäßig intern mit diesem Thema beschäftige und die Vor- und Nachteile abwäge. In der nächsten Sitzung des Verwaltungsvorstandes werde dann eine Entscheidung getroffen.

- Herr Hinze teilt zum Redebeitrag von Herrn Kruse mit, dass er das Anliegen verstehe. Allerdings sei das vorgebrachte Beispiel bzgl. der Gemeindearbeiterstellen von der heutigen Tagesordnung abgesetzt worden.

- Frau Rauer bedankt sich für die einstimmige Beschlussfassung zum TOP „Einrichtung einer frauenORTs Ilse Losa“ und das Vertrauen und die Wertschätzung für das Engagement. Sie informiert, dass die Einweihung am 10.03.2024 erfolgen solle.

Vorsitzender dankt allen Anwesenden für das Interesse und schließt den öffentlichen Teil der 08. Sitzung des Rates der Stadt Melle in der laufenden Wahlperiode.

16.05.2023  
gez. Gerhard Boßmann  
Vorsitzende/r  
(Datum, Unterschrift)

16.05.2023  
gez. Jutta Dettmann  
Verw. Vorstand  
(Datum, Unterschrift)

04.05.2023  
gez. Kerstin Lehnig  
Protokollführer/in  
(Datum, Unterschrift)